

## **SVD**

---

**Von:** "SVD" <svdmail@s-vd.de>  
**An:** "SVD" <svdmail@s-vd.de>  
**Gesendet:** Donnerstag, 29. Januar 2009 05:42  
**Betreff:** #Fw: Leserbrief zum Krisenmanagement der Bundesregierung zur Weltwirtschaftskrise und der Berichterstattung zum Strafprozess Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung (fwd)

----- Original Message -----

**From:** [SVD](#)  
**To:** [SVD](#)  
**Sent:** Wednesday, January 28, 2009 8:08 PM  
**Subject:** Fw: Leserbrief zum Krisenmanagement der Bundesregierung zur Weltwirtschaftskrise und der Berichterstattung zum Strafprozess Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung (fwd)

Nachfolgende klare Worte von Rechtsass. Friedrich Schmidt in Gestalt eines Leserbriefes an die FTD zur gefälligen Beachtung! Man darf auf mögliche Zensur wie dortseitige Reaktionen gespannt sein.

Zur Verbreitung ausdrücklich freigegeben.

---

----- Original Message -----

**From:** [Friedrich Schmidt](#)  
**To:** [Lothar SVD](#)  
**Sent:** Tuesday, January 27, 2009 12:11 PM  
**Subject:** Leserbrief zum Krisenmanagement der Bundesregierung zur Weltwirtschaftskrise und der Berichterstattung zum Strafprozess Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung (fwd)

---Ursprüngliche Nachricht---

**Von:** "Friedrich Schmidt" <[reinalde@T-Online.de](mailto:reinalde@T-Online.de)>  
**An:** "Kirsten Bialdiga" <[...@ftd.de](mailto:...@ftd.de)>  
**Betreff:** Leserbrief zum Krisenmanagement der Bundesregierung zur Weltwirtschaftskrise und der Berichterstattung zum Strafprozess Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung (fwd)  
**Datum:** 27. Jan 2009 12:11

---

Liebe Frau Bialdiga,

mal sehen, was von diesem Leserbrief "übrig" bleibt, nachdem ihn der Herr Chefredakteur bei Ihnen gelesen hat.

Sie dürfen damit frei umgehen. Ich werde auch dafür sorgen, dass er in verschiedenen Foren ins Netz gestellt wird.

Mir freundlichen Grüßen Ihr Friedrich Schmidt

\*\*\*\*\*

---Ursprüngliche Nachricht---

**Von:** "Friedrich Schmidt" <[reinalde@T-Online.de](mailto:reinalde@T-Online.de)>  
**An:** <[leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)>  
**Betreff:** Leserbrief zum Krisenmanagement der Bundesregierung zur Weltwirtschaftskrise und der Berichterstattung zum Strafprozess Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung  
**Datum:** 27. Jan 2009 12:08

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

beide Themen stehen in einem unmittelbaren, verfassungsrechtlich bisher (leider) noch nicht überprüften oder gesehenen grundlegenden Zusammenhang.

Die verfassungsrechtlich wichtige Klammer ist als Grundpfeiler eines jeden Rechtsstaats die von Verfassungen wegen gebotene Gleichheit aller ohne jeden Unterschied im Ansehen der Person bei jeder Gerichtspartei in vergleichbarer Sache. (Art. 3 GG)

Herr Zumwinkel hat mindestens eine Million an Steuern hinterzogen und damit tendenziell und auch vorsätzlich die finanzielle Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand vorsätzlich, wie er eingeräumt hat, erheblich geschwächt.

Wenn dies jeder Steuerschuldner täte, führte dies zum folgenschweren sofortigen finanziellen Zusammenbruch der öffentlichen Hand. Deshalb ist hier die generelle Strafbarkeit nach der Regel des Art. 3 GG unabdingbar.

Wer das tagtäglich gebotene grausame Schauspiel an unerträglicher wirtschaftspolitischer Flickschusterei, einhergehend mit dem völligen Ausverkauf unserer letzten staatlichen und auch privaten Finanzreserven bei allen möglichen geschnürten Rettungspaketen für nachweislich kriminelle Großbanken mitverfolgt, kann über diese rein emotionale, von nur wenig Sachkenntnis getrübe Diskussion nur staunen, ob jenes Strafurteil gegen Herrn Zumwinkel denn "gerecht" ausgefallen sei.

Wer sich dagegen angesichts der für unsere äußerst belastete Volkswirtschaft nie mehr aufzubringenden Gesamtbeträge, die bei der anstehenden Einrichtung einer "bad bank" von unserem Staat zusätzlich aufzubringen wären, die gleiche Frage stellt, kann für Herrn Zumwinkel nur einen makellosen Freispruch aus Grundrechtsgründen fordern.

Jener hat nur in kleinem Maße das getan, was in größten Umfange unsere Politiker ungestraft tagtäglich anscheinend noch ohne jedes Unrechtsbewusstsein tun, was mit funktionierendem Rechtsstaat absolut nichts mehr zu tun hat. Das wäre noch so ein "dankbares" Thema, wo völliges, wahrscheinlich politisch sogar gewolltes Institutionenversagen leicht nachzuweisen wäre.

Dieser Freispruch aus rechtsstaatlicher Notwendigkeit wäre jedenfalls so lange zu beachten, bis die mit Zahlen von Billionen - nicht Millionen - operierenden Steuerverschwender in unserer großen Politik in ihrem eindeutig verbrecherischen Treiben zu Lasten von allen Bürgern nicht ebenfalls und gleichermaßen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Vor diesem letzten Akt zur optimalen Überwindung der Weltwirtschaftskrise brauchen wir offensichtlich eines:

**"Isländische Verhältnisse und einhergehend damit klare demokratisch unverfälschte Gedanken, dass wir das Volk sind!"**

Wenn jene Wahl, kriminelle Großbanken rechtlich korrekt zu deren Lasten abzuwickeln mit dem kurzfristigen Zusammenbruch aller unserer Volkswirtschaft aufrecht erhaltenen Zahlungen verbunden wäre, sollte man als Alternativlösung prüfen, ob die lebenswichtigen Versorgungshandlungen für die Bevölkerung jedenfalls kurzfristig anderweitig zu gewährleisten sind. Jedenfalls so lange, bis unser todkrankes, niemals mehr überlebensfähiges Währungssystem hier umgestellt und durch ein neues zunächst wohl schneller zu errichtendes nationales ersetzt wäre.

Nur eine solche auf die wirklichen Probleme ernsthaft und offen eingehende Politik hätte das Vertrauen der Bevölkerung verdient.

Alle Bankbediensteten stünden bereit, danach den neu anlaufenden Zahlungsverkehr wie bisher sachkundig auszuführen.

Diese lebenswichtige Handlung darf in einem Rechtsstaat niemals unerschwinglich sein, was sie nach Sachlage demnächst wird, wenn jene "**bad bank**" zu unserer aller Lasten eingerichtet würde. Aber **das würde dann vielleicht zum Volksaufstand führen**, wovor die politische Klasse berechtigterweise wohl die größten Bedenken hat.

Wer die zusätzlichen Finanzrisiken mit einbezieht, die mit den jetzt zwangsläufig angebrochenen armen Zeiten und allen damit zusätzlich (bisher verschwiegenen!) fälligen Zahlungen des Bundes aus gegebenen Renten- und Pensionsgarantien die BRD ins Mark treffen werden, muss dieses auch dadurch **zu erwartende Politikdebakel von nie dagewesener Größenordnung** jetzt beherzt anpacken.

Schlimmer als der in wenigen Monaten ohnehin nicht mehr zu verbergende **kollektive Staatenbankrott** mit all seinen dann noch viel schwereren Lasten, kann diese notwendige Operation bei uns hier und jetzt auch nicht ausfallen.

Der einzige Unterschied besteht mutmaßlich darin, dass jene aktuell völlig unverantwortliche, noch herrschende Politikerclique, die uns sehenden Auges in jenes Verderben hineinführt, dann ihre bisher nur zu unserem größten Nachteil eingesetzte Macht sofort verlöre, genau so wie ihre Spiessgesellen in Island nach einem dreimonatigen Volksaufstand.

Wüssten die Bürger hier um jene seit langem nur noch gepflogene, wahrlich ultimativ zu bezeichnende **Politikverlogenheit der herrschenden Klasse**, kämen sehr bald Mistgabel und Dreschflegel wieder zu ihrem historischen Recht.

Rechtsassessor Friedrich Schmidt

\*\*\*\*\*